



Antrag

der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zukunft Meer: Mehr Schiffssicherheit in der Ostsee

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt, dass die Landesregierung die Ostseesicherheitskonferenz „Maritime Safety Conference Baltic 2004“ im Mai dieses Jahres ausgerichtet hat. Im Interesse der Ostseestaaten und Ostseeregionen muss die Schiffssicherheit weiter verbessert werden. Zur Vermeidung von schweren Unfällen auf See und zur Verringerung möglicher negativer Umweltauswirkungen auf die Ostsee und ihre Küstengebiete hat die Ostseesicherheitskonferenz 2004 vierzehn „Kieler Vorschläge“ verabschiedet:
 1. Ratifizierung und Umsetzung aller relevanten internationalen Konventionen, EU-Verordnungen und -Richtlinien im Bereich der maritimen Sicherheit (Safety und Security, Hafenstaatkontrolle, Haftung und Entschädigung).
 2. Einführung einer vorgegebenen Tanker Transit Route durch die Ostsee.
 3. Verstärkter Lotseneinsatz in engen und schwierigen Fahrwassern der Ostsee.
 4. Aufstellung wirksamer Pläne für den Zugang zu Notliegeplätzen (Ankerplätzen, Reeden und Häfen).
 5. Stationierung von Notschleppern entlang der Hauptschifffahrtsrouten.
 6. Einrichtung klarer Entscheidungsstrukturen für Unfall/Disaster-Management in Verbindung mit der Zugriffsmöglichkeit auf Einsatz- und Bekämpfungsmittel.

7. Vernetzung der Unfallmanagementbehörden mit gemeinsamen Alarm-, Unterstützungs- und Abwehrplänen.
 8. Vernetzte Zusammenarbeit der Hafensicherheitsbehörden bei der Einführung des ISPS-Codes.
 9. Zusammenarbeit der Ostseeanrainerstaaten bei Ausbildung und Training in allen Bereichen der Schiffssicherheit.
 10. Konsequente Wahrnehmung der Aufgaben von Flaggen- und Hafenstaatkontrolle sowie Verstärkung der Aktivitäten zur Ermittlung und Verfolgung von Verstößen gegen Vorschriften zur Verhütung von Meeresverschmutzungen.
 11. Einführung begleitender Maßnahmen nach Ausweisung der Ostsee als Sonderschutzgebiet (PSSA).
 12. Beschleunigte Umsetzung einer sicheren und nachhaltigen Entsorgung von Schiffabfällen und Laderückständen (z.B. Nutzung von Hafenentsorgungsanlagen, Einführung eines „No-Special-Fee-Systems“).
 13. Umsetzung der EU- und IMO-Regelungen zur Außerdienststellung von Einhüllentankern bis spätestens 2010.
 14. Anhebung der Mindestausbildungsstandards gem. STCW-Übereinkommen und obligatorische Einführung des Besuchs von Wiederholungslehrgängen.
2. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, vor allem
- gemeinsam mit dem Bund auf die Einführung einer vorgegebenen Tanker Transit Route durch die Ostsee und auf einen verstärkten Lotseneinsatz in engen und schwierigen Fahrwassern der Ostsee hinzuwirken;
 - sich für eine Bund-Küstenländer-Vereinbarung über die Bereitstellung von Notliegeplätzen einzusetzen, die gewährleistet, dass bei den ausgewiesenen Nothäfen und Notliegeplätzen für den Fall der Havarie eines Schiffs der im jeweiligen Revier verkehrenden Schiffstypen die erforderlichen Voraussetzungen zu einer wirksamen Gefahrenabwehr geschaffen werden;
 - nach der Errichtung des Havariekommandos und der Entscheidung für ein einheitliches Küstenwachzentrum gegenüber dem Bund und den anderen Küstenländern auf die Errichtung einer integrierten deutschen Küstenwache mit klaren Entscheidungsstrukturen für Unfall- und Disaster-Management und Zugriffsmöglichkeiten auf Einsatz- und Bekämpfungsmittel sowie auf die Vernetzung der Unfallmanagementbehörden des Bundes, der Länder und der Ostseeanrainerstaaten mit gemeinsamen Alarm-, Unterstützungs- und Abwehrplänen und Übungen hinzuwirken;
 - sich für eine Verbesserung der Zusammenarbeit der Ostseeanrainerstaaten bei Ausbildung und Training in allen Bereichen der Schiffssicherheit (Havariebekämpfung, Kriminalitäts- und Terrorbekämpfung) einzusetzen;

- die Voraussetzungen zu schaffen, dass für Schiffsführer die 0,3 Promille Alkoholgrenze eingeführt wird und regelmäßige Routinealkoholkontrollen anstatt der anlassbezogenen Kontrollen ermöglicht werden. Bei Überschreiten der 0,3 Promillegrenze ist das Kapitänspatent einzubeziehen;
- sich für eine zeitnähere Einführung des automatischen Schiffs-Identifizierungssystems (AIS) noch vor 2008 einzusetzen und mit der Radarüberwachung zu verbinden.

und dem Schleswig-Holsteinischen Landtag noch in der 15. Wahlperiode über getroffene und weiter geplante Maßnahmen zur Schiffssicherheit in der Ostsee zu berichten.

3. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, die vierzehn „Kieler Vorschläge“ der Ostseesicherheitskonferenz 2004 gegenüber dem Bund, den anderen deutschen Küstenländern, den Ostseeanrainerstaaten, der Ostseeparlamentarierkonferenz, der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs der Europäischen Union (European Maritime Safety Agency) und der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation der Vereinten Nationen (International Maritime Organisation) engagiert zu vertreten. Denn zur Umsetzung dieser Vorschläge ist eine enge Zusammenarbeit der Ostseeanrainerstaaten der Europäischen Union und Russlands untereinander und auf zwischen- und überstaatlicher Ebene notwendig.

Wilhelm Malerius
und Fraktion

Karl-Martin Hentschel
und Fraktion